

09. Mai 2018

Parolenspiegel

Die CVP sagt Nein zur Vollgeld-Initiative und 3x Ja zu den Gesetzesänderungen im Geldspiel, Grundstückgewinn und öffentlichen Personenverkehr.

Unser zwar nicht perfektes aber bewährtes Finanzsystem schwächen? Nicht mit uns! Die CVP Kloten geht das Risiko nicht ein, dass dieses Experiment fehlschlägt und stimmen **gegen die Vollgeld-Initiative**. Die Chance, dass die Schweizerische Nationalbank (SNB) zum politischen Spielball wird und dort nur wenige Personen unsere Finanzen steuern, erscheint uns zu hoch. Ohne weltweite Erfahrungswerte bleibt es unkalkulierbar. Auch wenn ein Vollgeldsystem eine romantische Idee ist, funktioniert sie nur, wenn alle Länder gleichzeitig auf dasselbe Finanzsystem umsteigen. Im Umkehrschluss bleibt unbestritten, dass wir unsere starke Finanzwirtschaft und die Schweiz international schwächen würden.

Die CVP Kloten setzt sich für gleichlange Spiesse ein. Diese werden mit dem Geldspielgesetz und dem Steuergesetz umgesetzt.

Gleiche Spielregeln im Glückspiel bedeuten, dass auch die neuen Möglichkeiten wie Online-Casinos Ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen – also Schutz der Spieler und den Beitrag an die Schweizer Allgemeinheit. Die Eigentümer der Online-Casinos werden nicht verarmen und unsere Sportvereine, AHV/IV, Kultur- und andere sozialen Einrichtungen werden uns ein **JA für das Geldspielgesetz** danken.

Wie überall in der Schweiz soll auch im Kanton Zürich eine Verrechnung von Geschäftsverlusten bei der Grundstückgewinnsteuer möglich sein. Unsere Grundhaltung zu Gleichberechtigung wiegt mehr als die 1 Promille Steuereinnahmen im Kanton Zürich. Ein **JA für die Änderung im Steuergesetz**.

Im Verkehrsfonds sind momentan alle Vorhaben finanziert. Entsprechend ist es vertretbar, wenn man ein Teil der nicht benötigten Gelder auf die nächsten Dekaden verteilt. Mit einem zweifachen positiven Einfluss haben wir mehr im Verkehrsfonds für kommende Investitionen und gleichzeitig helfen wir heute den kantonalen Haushalt zu stabilisieren. Also eine reine Verschiebung der Gelder auf der Zeitachse ohne finanziellen Einbussen. Da spricht nichts gegen ein **JA für das Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr**.